Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 235. Mittwoch den 22. August 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Gesucht

wird anderweit der am 15. Juli 1850 zu Zwickau geborene Hufschmied

Carl Wilhelm Werner,

welcher zur Fürsorge für seine der öffentlichen Unterstützung anheimgefallene Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 18. August 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)

A. R. V. 1821. Ludwig-Wolf. Wendt.

Bekanntmachung.

Die Eintrittskarten zu unserer Synagoge und deren Filiale werden

Mittwoch, den 22. August d. J. Nachmittags 3—5 Uhr

in der Gemeindekanzlei im Synagogengebäude, Tr. 1, ausgegeben.

Die diesjährigen Gemeindesteuerquittungen sind mitzubringen. Das vom Herrn Rabbiner Dr. A. M. Goldschmidt herausgegebene Gebetbuch ist ebendaselbst käuflich zu haben.

Leipzig, den 17. August 1888.

Der Vorstand
der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Nichtamtlicher Theil.

Boulanger's Wahlsieg.

Boulanger kann den 19. August im Kalender roth anstreichen, einen so siegreichen Tag hat er noch nicht erlebt, seit er sich um die Stimmen der französischen Wähler bewirbt. Das war die Vergeltung für die Niederlage am 22. Juli im Ardèche-Departement, welche die Opportunisten schon als das Ende der boulangistischen Aera feiern wollten. So schnell werden ehrgeizige Streber in Frankreich nicht abgethan, die Menge, welche ihnen folgt, will erst das Ziel erreicht haben, nach dem sie strebt. Wenn dann der Mann ihrer Wahl sich den Verhältnissen nicht gewachsen zeigt, ist es immer noch Zeit, das Augenmerk auf einen Nachfolger zu richten. Boulanger hat die Niederlage vom 22. Juli am 19. August durch einen dreifachen Sieg ausgeglichen, der um so schwerer wiegt, als er nach dem Duell mit Floquet erfochten worden ist, was die Radicalen als das sicherste Mittel betrachteten, um Boulanger für alle Zeiten abzuthun.

Dem Erfolg gegenüber verstummt in Frankreich erfahrungsgemäß der Tadel der Gegner, und so behaupteten denn auch am Tage nach der Wahl in Paris die Anhänger Boulangers das Feld. Niemand wagte ihre Begeisterung zu verhöhnen, Ferry und Floquet waren an diesem Tage die von der jubelnden Menge am meisten angegriffenen und beschimpften Personen. Die „République française“ trauerte in Sack und Asche, sie nannte ihre Niederlage eine Infamie und weiß schamerfüllt auf die ironischen Blicke und Bemerkungen Europas über das Entsetzliche und Unbegreifliche, was in drei französischen Departements geschehen ist. Ganz so schlimm steht die Sache nicht, das Neuigkeitsbedürfniß der Franzosen hat wieder für einige Zeit Befriedigung gefunden, aber auch die Wogen dieser Bewegung werden sich binnen Kurzem wieder beruhigen, die französische Republik geht an diesem dreifachen Wahlsieg Boulangers noch nicht zu Grunde. Die nächste Folge ist nur vorläufig, daß die Capitalisten, welche für die Sache Boulangers ihr gutes Geld hergegeben haben, wieder Muth schöpfen und die nicht ganz leere Hoffnung hegen werden, daß es schließlich doch noch gelingen könnte, Boulanger zum Dictator zu machen. Schade, daß die Kammern nicht versammelt sind, sonst würde Boulanger sogleich Gelegenheit finden, sich eine neue Blamage als Redner zuzuziehen und Floquet zu einem wohlfeilen Siege zu verhelfen. Dann würde man wieder von dem Niedergang der Sache Boulangers und von den festen Grundlagen reden können, auf welchen das Gebäude der Republik ruht.

Die Bemerkung der „République française“ über die Ironie Europas ist nicht so übel, Frankreich macht in der That nach dem dreifachen Siege Boulanger's einen überaus kläglichen Eindruck auf das übrige Europa. Man weiß nicht, was man mehr verurtheilen soll: Die Uneinigkeit der Republikaner, die solche Ergebnisse hervorbringt, oder die Ziellosigkeit einer Regierung, die glaubt, daß man durch Bankettreden und Duelle einen Staat aus einer schwierigen Lage retten kann. Floquet wird zu der Einsicht gelangt sein, daß Boulanger auf andere als die bisherige Weise bekämpft werden muß, wenn der Kampf Erfolg haben soll. Eine Abstimmung der gegenwärtigen Kammer ist zu diesem Zweck völlig werthlos, denn durch Ablehnung eines auf Auflösung gerichteten Antrages fügt sie ja zu den bisherigen Beweisen ihrer Unfähigkeit, die Lage richtig zu beurtheilen und zu beherrschen, nur einen neuen hinzu.

Frankreich hat soeben eine ernste und dringende Gefahr, den Streik einer beträchtlichen Zahl der verschiedensten Berufszweige, siegreich bestanden, aber dieser Sieg war nur ein Beweis dafür, daß die Regierung über die Gefahren, welche ihr drohen, in Unkenntniß ist. Boulanger benutzt alle Schäden, an denen die Republik krankt, um sie aus den Fugen zu treiben. Ein Streik ist ihm ein willkommener Anlaß, um Volksthümlichkeit zu erringen und der Regierung ein Bein zu stellen. Er läßt sich von den Anhängern des Königthums und von den Bonapartisten wählen und läßt die Arbeiterinnen, welche ihm Kränze und Sträuße überreichen, um auch die Stimmen der mit den bestehenden Zuständen unzufriedenen Arbeiter zu gewinnen. Vor Kurzem stand Boulanger noch mit den Radicalen, die ihn jetzt unter Floquet's Führung so energisch bekämpfen, auf gutem Fuße, wie die Wahl in der Dordogne gezeigt hat. Das sind Widersprüche, die sich nur aus der gänzlichen Zerfahrenheit der französischen Verhältnisse erklären lassen, eine Folge der fortwährend wechselnden Regierung, welche den Wunsch nach einer festen, nicht so leicht zu beseitigenden Centralgewalt sehr erklärlich erscheinen läßt.

Man sagt, wahrscheinlich nicht ohne Grund, daß die Streikbewegung der jüngsten Zeit von den Anhängern der Monarchie und mittelbar des Boulangismus unterstützt und gefördert worden ist. Das ist natürlich nicht aus Vorliebe für socialistische und communistische Bestrebungen geschehen, sondern um die Hohlheit und Krankheit der gesammten Verhältnisse thatsächlich festzustellen. Ein gesundes Staatswesen findet die Mittel zu seiner Wohlfahrt in sich selbst, nur ein krankes bedarf eines Retters, und deshalb waren die revolutionairen Erscheinungen der letzten vier Wochen der Ausbreitung des Boulangismus so förderlich. Wäre statt dessen Ruhe und Ordnung in Frankreich gewesen, wer weiß, ob die Mehrzahl der Wähler in den Departements Nord, Somme und Charente Inférieure Boulanger ihre Stimmen gegeben hätten.

Der Minister des Auswärtigen, Goblet, hat sein Möglichstes gethan, um die öffentliche Aufmerksamkeit nach einer anderen Richtung abzulenken. Er hat Italien mit seinen Noten in einer Weise zugesetzt, daß ohne Streik und ohne den Wahlsieg Boulangers ihm ein Erfolg in der öffentlichen Meinung Frankreichs sicher war. Sein Unstern hat es anders gefügt, Frankreich bekümmert sich augenblicklich um die Lage der Italiener in Massauah so gut wie gar nicht, es feiert den Wahlsieg Boulanger's oder es trauert über denselben und zieht Mittel und Wege in Betracht, wie sich dieser unerwartete Schlag pariren läßt. Die Franzosen haben augenblicklich mit sich selbst so viel zu thun, daß sie nicht einmal Zeit finden, die letzte Note Crispi's auf ihren diplomatischen Werth zu prüfen. Der Telegraph weiß nur von dem Wahlsieg Boulanger's und von den dadurch hervorgerufenen Unruhen in Paris und in der Provinz zu berichten, obwohl doch außerdem noch andere Ereignisse geschehen sind, welche sich der öffentlichen Aufmerksamkeit Frankreichs dringend empfehlen, wird die Rede Kaiser Wilhelm's in Frankfurt a/Oder.

Es liegen jetzt drei wichtige Anlässe vor, um die Ruhe der Kammern zeitweise zu unterbrechen: der französisch-italienische Streitfall, die Streikbewegung und der dreifache Wahlsieg Boulanger's. Als die Kammern beisammen waren, war eine verhältnißmäßig ruhige Zeit, und jetzt häuft sich der Stoff für effectvolle Kammerverhandlungen in ungewöhnlicher Weise. In Paris erhebt sich trotzdem keine Stimme für Unterbrechung der Kammerferien, wahrscheinlich weil man sich bewußt ist, daß die im Absterben begriffene Abgeordnetenkammer doch kein entscheidendes Gewicht mehr in die Wagschale zu werfen hat und daß deshalb doch die Dinge ihren Entwickelungsgang weiter durchmachen. Auf Boulanger richten sich die Blicke der Gesammtheit um so mehr, als ein großer Theil der Franzosen das Bedürfniß nach Abhilfe der ganz verzweifelten Lage fühlt und Befriedigung nur von einem vollständigen Umschwung der Verhältnisse erhoffen kann. Das ist es, was dem Boulangismus zu Macht und Einfluß verhilft, die ihm sonst sicher nicht zu Gebot stehen würden. Der Boulangismus ist ein Kennzeichen der Unhaltbarkeit der französischen Verhältnisse. Boulanger selbst ist eine bedeutungslose Figur, er saugt seine Bedeutung nur aus dem Bewußtsein der Mehrzahl der Franzosen, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann.

Leipzig, 22. August.

* Von befreundeter Seite ist der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein von dem Maire zu Bône in Algier an den Reichstagsabgeordneten Antoine gerichtetes Schreiben vorgelegt, welches in wörtlicher Uebersetzung folgendermaßen lautet:

Herr Abgeordneter!

In Beantwortung Ihres Geehrten vom 10. d. habe ich das Vergnügen, Ihnen mitzutheilen, daß der Familie Romspacher aus Zabern demnächst eine Concession ertheilt werden wird; was die Familie Heiligenstein aus Rosheim betrifft, so wird die Lösung schwieriger sein, weil kein Mitglied der Familie für die französische Nationalität optirt hat.

Man sollte ein Mitglied der Familie veranlassen, auf französischen Boden überzusiedeln, in diesem Falle würde die Regierung (le Gouvernement Général) keinen Grund zur Ablehnung haben.

Seien Sie versichert, Herr Abgeordneter, daß ich das Unmögliche thun werde, um den unglücklichen Elsässern, welche gegenwärtig in dem annectirten Lande unter dem Joche seufzen, die Ansiedelung in Algier zu erleichtern. Die beste Propaganda besteht aber im gegenwärtigen Augenblicke sicherlich darin, die jungen Leute, welche zur Erfüllung des Militairdienstes in Deutschland aufgerufen werden, die Grenze überschreiten und sie in die Fremdenregimenter (Régiments étrangers) aufnehmen zu lassen.

Genehmigen Sie, Herr Abgeordneter und lieber Landsmann, trotz Allem, die Gefühle meiner tiefen Dankbarkeit.

gez. Dubourgue,
Maire von Bône.

An
Herrn Antoine, Abgeordneter im Deutschen Parlament, Hotel de Noailles Marseille.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt dazu:

An der Echtheit des Briefes, welcher am Kopf mit der Ueberschrift: République française. Mairie de Bône. Département de Constantine Algérie, und neben der Unterschrift mit dem Stempel: Ville de Bône Dépt de Constantine Algérie versehen ist, läßt sich nicht zweifeln.

Der Inhalt des Schriftstückes wirft ein klares Licht auf die französische Agitation in Elsaß-Lothringen. Den Franzosen, welche die Propaganda für Auswanderung nach Algier und für den Eintritt in die Fremdenlegion in Scene setzen, wird es leicht, ihre Thätigkeit vor den deutschen Behörden zu verheimlichen und sich dem Arme der Gerechtigkeit zu entziehen. Was aber wird aus ihren Opfern? Wir brauchen diese Frage nicht zu beantworten. Das Schicksal der Fremdenlegionaire ist zu bekannt, um noch einer Schilderung zu bedürfen.

Ob Herr Antoine zu den Vorschlägen des Maires von Bône Veranlassung gegeben hat, wissen wir nicht, uns genügt, daß der französische Beamte es sich erlauben konnte, mit solchen Vorschlägen an den deutschen Reichstagsabgeordneten heranzutreten. — Vor einigen Monaten war das Gerücht in den Zeitungen verbreitet, Herr Antoine wolle nach Frankreich übersiedeln und sich um ein Mandat für das französische Parlament bewerben. Im Interesse der Bewohner von Elsaß-Lothringen können wir in der That nur wünschen, daß sich dieses Gerücht bewahrheitet.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Nachdem wir vor zwei Tagen kurz nachgewiesen haben, daß wir trotz des „Ehrenwortes“ der Madame J. Adam dabei beharren müssen, daß die von ihr veröffentlichten Documente, welche auf die deutsche Politik Bezug haben, einfach gefälscht sind, haben wir nunmehr von dem vollständigen Text der „Antwort an die deutsche Presse“, welche Madame Adam in der „Revue Nouvelle“ veröffentlicht hat, Kenntniß genommen, und können uns darnach eines gewissen Bedauerns nicht erwehren, jener Dame und des von ihr verfaßten jüngsten Machwerks überhaupt Erwähnung gethan zu haben. Hätte uns letzteres früher schon in extenso vorgelegen, so würden wir sicherlich schweigend an demselben vorübergegangen sein.“

* Fürst Bismarck wird, wie der „Kreuzzeitung“ mitgetheilt wird, vorläufig nicht nach Berlin kommen. Das Innere des Reichskanzler-Palais wird augenblicklich einer theilweisen Erneuerung unterzogen, so daß aus dem Grunde an eine Uebersiedelung des Fürsten in der nächsten Zeit nicht gedacht werden kann. Dieselbe soll erst im Spätherbst stattfinden. Die Reise des Reichskanzlers nach Kissingen wird als aufgegeben betrachtet, obgleich ein definitiver Entschluß noch nicht gefaßt zu sein scheint.

* * *

* Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Wien umstand am 20. d. Mts. eine große Menschenmenge sowohl das Hotel „Ente“, wo Schönerer übernachtete, als auch das Landesgerichtsgebäude. Zahlreiche Wachen waren aufgeboten. Vor 10 Uhr fuhr Schönerer mit Frau im Fiaker vom Hotel über die Ringstraße ins Gerichtsgebäude. Bei der Abfahrt und während der Fahrt wurde Schönerer lebhaft von seinen Anhängern, welche die Hüte abnahmen, begrüßt. Nach 10 Uhr traf er im Landesgericht ein, woselbst ein großer Platz vor dem Gebäude früher von der Wache gesäubert worden war, wobei einige Verhaftungen erfolgten. Schönerer ging in die Aufnahmskanzlei, wo er vom Vorsitzenden Holzinger übernommen wurde. Nach Vornahme der Formalitäten wurde er in die Zelle abgeführt. Schönerer hatte sich bereits früher den Bart kurz scheeren lassen. In der Zelle mußte er Sträflingskleider anziehen, doch wurden ihm bezüglich der Wäsche und Schuhe Erleichterungen gewährt. Es wurden im Ganzen elf Personen wegen der Schönerer-Excesse verhaftet.

* Der telegraphisch bereits avisirte Artikel des „Journal de St. Pétersbourg“ mit dem an den Zaren gerichteten Glückwunsch-Telegramm der in Kiew versammelt gewesenen Westslawen liegt nunmehr vor und lautet in Uebersetzung wie folgt:

Die zur Theilnahme an der Feier der neunhundertjährigen Bekehrung Rußlands zum Christenthum in Kiew erschienenen Vertreter der Westslawen haben an Se. Excellenz den Herrn Hofminister folgendes Telegramm gesandt:

„Legen Sie gütigst Sr. Majestät dem Kaiser den Ausdruck unserer Ergebenheit zu Füßen. Die aus allen orthodoxen Slawenländern zu dem hohen Feste der russischen Kirche in Kiew, der alten Hauptstadt, erschienenen Reisenden begrüßen ehrfurchtsvoll den wohlwollenden Herrn Rußlands, den Beschützer und die Hoffnung des Slawenthums und der ganzen orthodoxen Welt, den orthodoxen Souverain. Möge der Herr unsere innigstgeliebte Beschützerin, unsere ältere Schwester, das orthodoxe heilige Rußland für alle Ewigkeit in seinen Schutz nehmen, — möge er in seiner unendlichen Gnade ihm den Lohn für alles für uns vergossene Blut gewähren, — möge er Dich, o großer Herrscher, sammt Deinem Reich in seine Obhut nehmen. Die Gesundheit, Freude und Erfolg in allen Deinen Unternehmungen gewähren, — möge er alle Deine Feinde verstummen machen zum Triumph des mächtigen Rußlands und Unserer, die wir verwaist sind!“

Michel, Metropolit von Serbien;
Mitrophan, Metropolit von Montenegro;
(folgen weitere Unterschriften).

Nach Kenntnißnahme von diesem Telegramm haben Se. Majestät der Zar allen Unterzeichnern desselben durch Vermittelung des Monsignore Michel, Metropoliten von Serbien, seinen Allerhöchsten Dank für die in dem Telegramm enthaltenen guten Wünsche aussprechen lassen.

* Die Abreise des Königs von Schweden-Norwegen nach Berlin ist auf den 28. ds. festgesetzt; in Malmö findet vor der Einschiffung eine Sitzung des vereinten schwedisch-norwegischen Ministeriums statt, worauf sich der König mit dem Regierungsdampfer „Drott“ nach Warnemünde begiebt. Die Ankunft in Berlin erfolgt am 30. ds.

* Die republikanischen Blätter schreiben die dreifache Wahl Boulanger's zum Deputirten dem Umstande zu, daß die Wahl in durchweg reactionairen Departements stattgefunden habe. Der „Temps“ sagt, das Ergebniß der Wahl sei ein erniedrigendes in Bezug auf den nationalen gesunden Menschenverstand und in Bezug auf die Loyalität der Politik, aber durchaus kein beunruhigendes, weil Boulanger seinen Triumph ausschließlich der Coalition der Reactionaire verdanke. Diese Coalition sei aber nicht beunruhigender als diejenige vom 16. Mai. Von mehreren Blättern wird ausgeführt, daß das Ergebniß der Wahlen vor Allem die Ohnmacht der radicalen Regierung beweise. — Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Paris gemeldet:

Unter den Opportunisten herrscht über den dreifachen Wahlsieg Boulanger's die größte Niedergeschlagenheit. Die schlimmsten Befürchtungen sind in Erfüllung gegangen und die Thatsache, daß Boulanger im Nord gegen früher 30 000 Stimmen verloren hat, kann über die opportunistische Niederlage nicht weghelfen, andererseits trösten sich die Republikaner damit, daß die gestrige Wahl lediglich eine Wiederholung derjenigen von 1885 sei, wo die Monarchisten ebenfalls in den betreffenden Bezirken siegten. Der Wahl Köchlin's ist eine gewisse Bedeutung deshalb beizumessen, weil die bisherigen Wahlerfolge nur den General persönlich betrafen, wogegen die als Boulangisten aufgestellten Candidaten, wie Déroulède, durchfielen. Die unterlegenen Parteien suchen sich die Schuld gegenseitig zuzuschieben, die Radicalen sagen, daß Boulanger nur gesiegt habe, weil die Gegencandidaten der mißliebigen Opportunistenpartei angehörten, wogegen die Opportunisten den Radicalen vorwerfen, Boulanger entdeckt und großgezogen zu haben. Im monarchistischen Lager betrachtet man den Erfolg Boulanger's mit gemischten Gefühlen, viele befürchten immer mehr, daß Boulanger, durch den Erfolg gehoben, eine solche Stellung erhalten könne, daß er das thatsächliche Haupt aller Unzufriedenen würde und die monarchischen Prätendenten das Nachsehen hätten. Besonders scharf spricht dies der „Figaro“ aus, während der „Gaulois“ in den Jubel der Boulangisten einstimmt. — Die gestrigen Krawalle in Paris hatten nur untergeordnete Bedeutung, sind aber immerhin für die Regierung, die namentlich in der Person Floquets heute von den Boulangisten aufs Heftigste angegriffen wird, recht unangenehm. — Heute früh wird das Wahlergebniß seit 6 Uhr von den Verkäufern der boulangistischen Blätter unter furchtbarem Lärm in den Straßen ausgerufen.

* Die Note Crispi's, welche die Antwort auf die Circularnote des französischen Ministers des Auswärtigen, Goblet, ist, hat in Paris ersichtlich einen peinlichen Eindruck gemacht. Die gesammte dortige Presse bezeichnet den Ton der Note als aggressiv und herausfordernd und folgert daraus, daß Crispi Frankreich aufreizen wolle. Gerade deshalb billige man aber die Absicht Goblet's, sich auf eine kurze Beantwortung der Note zu beschränken, die Angelegenheit als für Frankreich abgeschlossen zu erklären und deren weitere Verfolgung der Türkei als der direct dabei interessirten Macht zu überlassen. Nur wird befürchtet, daß es Goblet nicht mehr möglich sein wird, die in dieser Weise begonnene Discussion zu schließen, da aus der Note Crispi's gefolgert werden müsse, die italienische Regierung werde jetzt beanspruchen, daß Frankreich für seinen Consul in Massauah das Exequatur nachsuche. Einem solchen Verlangen könnte aber Goblet natürlich nicht entsprechen, ohne seinen bis jetzt verfochtenen Standpunct aufzugeben. Es müßte also, um einer Verschärfung des Conflictes vorzubeugen, sich entschließen, den französischen Consul in Massauah abzuberufen, was wiederum den Franzosen als ein Act der Schwäche, als eine moralische Niederlage erscheinen würde. In diplomatischen Kreisen wird übrigens angenommen, daß die Angelegenheit geeignet erscheine, den Gegenstand einer Vermittlung befreundeter Mächte zu bilden.

* Die scharfe Sprache der Note Crispi's fällt auch in der deutschen Presse auf, so schreibt die „Vossische Zeitung“:

Eine schärfere Sprache ist gegen eine Großmacht seit Menschengedenken nicht geführt worden, als von Crispi in seiner neuesten Note gegen Frankreich. Wüßte man nicht, daß die Franzosen längst ihren abenteuerlustigen Hochmuth mit zaghafter Bedächtigkeit vertauscht haben und nachgerade verstehen, auch die bittersten Pillen geduldig zu verschlucken, man würde glauben müssen, die einzige Antwort auf eine derartige Anklageschrift wäre die Kriegserklärung. An dieser Auffassung könnte auch die Thatsache nichts ändern, daß sich Crispi vollständig im Rechte befindet. Denn gerade je ungerechter eine Sache ist, um desto eher wird sie auf die Spitze des Schwertes gestellt, und die Sprache der Gewalt drückt immer die Unklarheit des Begriffes aus.

Der Streitfall von Massauah hat für Europa überhaupt keinerlei praktische Bedeutung. Denn es wohnt nur eine Handvoll Europäer auf der fieberschwangeren Insel, und es kann nur Jedermann lieb sein, wenn Italien Recht und Ordnung handhabt, wo die türkischen und egyptischen Behörden vor den Horden des Mahdi das Feld geräumt hatten. Crispi hat nachgewiesen, daß die Italiener von Anfang an in der Absicht, sich dauernd am Rothen Meere niederzulassen, Massauah besetzten; er hat außer Zweifel gestellt, daß, wo eine europäische Großmacht ihre Staatshoheit verkündet, von der Fortdauer der Capitulationen nicht die Rede sein kann. Und er hat durchaus guten Grund, in dem Gebahren der Franzosen nur Willkür, Chikane, Gehässigkeit zu sehen.

Aber daß er ausspricht, was er denkt, daß er die geheimsten Falten seines Herzens vor aller Oeffentlichkeit entfaltet, daß er den europäischen Gerichtshof zum moralischen Urtheil über Frankreich aufruft, das ist eine Erscheinung, welche auf die politische Lage ein ganz ungewöhnliches Schlaglicht wirft. Als einst Napoleon dem österreichischen Gesandten sagte, er bedauere, daß seine Beziehungen zu der habsburgischen Monarchie zu wünschen übrig ließen, hörte man in zwei Welten das schmetternde Kriegszeichen. Heute spricht Crispi mit harmloser Miene davon, daß sich die Beziehungen zu Frankreich im Frieden nicht mehr verschlechtern können; er erhebt die schwersten, verletzendsten Anklagen gegen das Nachbarreich und fügt dann mit ironischer Verbeugung hinzu, im Uebrigen lege er Werth darauf, nun den Zwischenfall als geschlossen zu betrachten.

* Nach der „National-Zeitung“ bestätigt es sich, daß der ostafrikanischen Gesellschaft am 15. August von dem Sultan von Zanzibar die Zollverwaltung und die gesammte Administration nebst Jurisdiction an der Küste übergeben und deren Flagge gehißt worden ist. Auch die Garnisonen gehen an die Gesellschaft über. Es geschah das in Gemäßheit eines schon mit dem vorigen Sultan im verflossenen Jahre abgeschlossenen und vom jetzigen in etwas modificirter Gestalt abgeschlossenen Vertrages. Die außerordentliche Bedeutung dieser Thatsache bedarf keines Commentars. Damit haben die ostafrikanischen deutschen Erwerbungen ihren natürlichen Abschluß gefunden.

* Die japanische Regierung beschloß während der nächsten fünf Jahre 10 Mill. Pfd. Sterl. für den Ankauf von Panzerschiffen zu verausgaben, mit welcher Summe einer ungefähren Schätzung nach 15 Panzerschiffe und 30 Torpedoboote beschafft werden können.

Zur Lage.

** Berlin, 20. August. Mit Beginn des nächsten Monats werden wie alljährlich die Arbeiten des Bundesraths mit den regelmäßigen wöchentlichen Plenarsitzungen wieder aufgenommen. Damit erhält das ganze politische Leben wieder einen regeren Impuls und der unfruchtbare, lediglich „academische“ Streit über theoretische Parteifragen wird zurücktreten vor mehr praktischen Fragen, welche auf die Tagesordnung gestellt werden. Im September kehren auch die Minister von ihren Urlaubsreisen zurück und wie im Bundesrath das Budget für das Reich wird in den Ministerien der Staatshaushalt für Preußen festgestellt.

Wenn mehrfach gemeldet wurde, daß die Wahlen für den preußischen Landtag im October stattfinden würden, so braucht dem nicht gerade widersprochen zu werden, denn die Vermuthung, daß der Wahltermin nach der Ernte, aber vor dem Eintritt zu schlechter Witterung im October anberaumt wird, hat sehr viel für sich, zudem spricht auch die bisherige Praxis dafür. Doch muß bemerkt werden, daß ein bezüglicher Beschluß noch nicht gefaßt worden ist, daß das Staatsministerium sich vielmehr erst über einen dem Kaiser zu machenden Vorschlag entscheiden wird, sobald wieder sämmtliche Minister in Berlin anwesend sein werden, was wie gesagt vor Ende September nicht zu erwarten ist.

Ganz unrichtig ist auch die Mittheilung, es stehe bereits fest, daß der Reichstag in diesem Jahre schon im October zusammenberufen werden würde. Möglich ist das freilich und wie erwünscht das wäre und wie zweckmäßig für den Fortgang der parlamentarischen Arbeiten überhaupt, ist in den Sessionen der letzten zehn Jahre von den Parteiführern wiederholt dargelegt worden. Stets haben sich Schwierigkeiten entgegengestellt. Wenn diese endlich überwunden wären und man überhaupt dahin gelangte, regelmäßig den Reichstag bereits im October zu versammeln, so würde dies gewiß allseitig freudig begrüßt werden. Aber zunächst heißt es abwarten. Die Frage ist wahrscheinlich in den letzten Conferenzen, welche Fürst Bismarck mit dem Minister v. Boetticher und mit Herrn v. Bennigsen in Friedrichsruh abgehalten, auch gestreift worden. Ob aber an maßgebender Stelle bereits Bestimmung getroffen, ist mehr als zweifelhaft.

Der auf Einladung des Fürsten-Reichskanzler erfolgte Besuch des Herrn von Bennigsen in Friedrichsruh hat lediglich die Besprechung über parlamentarische Verhältnisse zum Zweck. Von einem Eintritt v. Bennigsen's in das Ministerium war, wie die „Nationalzeitung“ schreibt, welche gut unterrichtet ist, nicht die Rede. Die Kopfschmerzen der „Kreuzzeitung“ hatten also keinen rechten Grund. Darum ist freilich nicht ausgeschlossen, daß doch in nächster Zukunft Veränderungen in hohen politischen Stellungen eintreten, welche den Eintritt des Herrn v. Bennigsen in die Regierung an maßgebender Stelle ebenso erwünscht, wie dem verdienten Staatsmanne selbst aus patriotischem Interesse fast als Pflicht erscheinen lassen. Das aber ist sicher, daß die Vicepräsidentschaft im Staatsministerium Herrn von Bennigsen nicht angeboten worden ist. Dieses Amt konnte nur ein bereits im Amte befindlicher Minister übernehmen, welcher mit dem Geschäftsgange innerhalb des Cabinets bereits seit längerer Zeit vertraut ist. Aber auch das Handelsministerium ist Herrn von Bennigsen nicht angeboten worden, und glauben wir versichern zu können, daß diesen

SLUB
Wir führen Wissen.